

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Die Sozialdemokratie und der Friede

Resolution, beschlossen in der Sitzung des Parteivorstandes der SPD vom
13. März 1947:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die Verpflichtung des deutschen Volkes zur Wiedergutmachung an. Das Dritte Reich hat zuerst für andere europäische Völker und jetzt für die Deutschen selbst die Katastrophe heraufbeschworen.

Die Sozialdemokratie ist davon überzeugt, dass Probleme ökonomischer und internationaler Natur nicht mit den Mitteln nationaler Machterhaltung gelöst werden können.

Wenn Deutschland als blosses Objekt der Annexionen und Reparationen behandelt wird, können Wirtschaft, Politik und Kultur in Europa nicht gesunden. Annexionen sind das am wenigsten geeignete Mittel der Reparationen und der Friedenssicherung.

Die Sozialdemokratische Partei hat stets in ihrer langen Geschichte für die Gedanken des Völkerfriedens und der Vermeidung jeder nationalen Ungerechtigkeit gekämpft. Nur wenn der Geist der Atlantic-Charta die kommende Entwicklung bestimmt, kann ein Friede geschaffen werden, den die demokratischen und friedliebenden Kräfte als gerecht empfinden.

Grundsätzliche Erklärung des Parteivorstandes

der SPD zur Frage der staatlichen Neugestaltung Deutschlands

beschlossen in der Sitzung vom 13. März 1947

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. Die Staatsgewalt in der Deutschen Republik geht vom gesamten deutschen Volke aus, das seinen Willen durch einen Reichstag kundtut, der auf Grund des gleichen Wahlrechts und der gleichen politischen Freiheiten in allen Besatzungszonen gewählt wird. Dieser Reichstag hat die zentrale Regierung zu bilden, die ihm verantwortlich ist.

Die deutsche Republik ist ein Bundesstaat, in dem sowohl die Einheitlichkeit der Regierungsgewalt als auch die damit vereinbare Eigenständigkeit der Länder gewährleistet sind.

Preussen ist als Idee und als Tatsache erledigt. Der Zwang zur Neugliederung in Ländern ist gegeben, die immer nur Bausteine für die Republik des ganzen Volkes sein können.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands warnt davor, dem deutschen Volke eine politische Entwicklung aufzuzwingen, die den elementaren nationalen und internationalen Notwendigkeiten von heute und morgen widerspricht. Sie wendet sich gegen den Versuch, aus Deutschland einen blossen Staatenbund souveräner Länder zu machen. Mit der gleichen Entschiedenheit lehnt sie das Bestreben des neuen Nationalkommunismus ab, durch Ueberzentralismus wiederum den Weg zu einem totalitären Staate zu gehen und die deutsche Einheit zu gefährden.

Die Enttäuschung wächst

In der Sitzung des Vorstandes der SPD, die am 13. und 14. März 1947 in Hannover stattfand, war deutlich erkennbar, wie beträchtlich die Enttäuschung angestiegen ist, die über die politische Entwicklung in Deutschland in den Kreisen der Sozialdemokratie herrscht. Die von den Besatzungsmächten verfügte Beschränkung der Vollmachten der Zweizonenämter, das Ausbleiben der Bodenreform, die Verschönerung oder gar Verhinderung der Ernennung von Treuhändern für die entkarтелиerten Betriebe, eine mangelhafte Entnazifizierungsmethode und andere wesentliche Beschränkungen der notwendigen politischen Aufbauarbeit in Deutschland führten zu der Frage, welchen Sinn es noch habe, die Verantwortung für Massnahmen und für eine Entwicklung zu tragen, die nach bester Einsicht nicht zum Nutzen Deutschlands und Europas verläuft. Es war die einmütige Auffassung des Vorstandes, dass die Verantwortung für die gegenwärtige Wirtschaftspolitik nicht mehr bei der deutschen Verwaltung liegen kann.

Ein von Vorstand besonders eingesetzter Ausschuss hatte einen Entwurf von Richtlinien für die Arbeit der Denazifizierung vorgelegt, der fordert, dass in allen deutschen Gebieten nach einheitlichen gesetzlichen Bestimmungen in gleicher Weise und gerecht gesäubert werden müsse. Das Ziel der Säuberungsmassnahmen müsse die Entfernung aller der Personen sein, deren Handlung, Haltung, mangelnde Standhaftigkeit und moralische Schwäche das Leid des deutschen Volkes herbeigeführt haben. Die Richtlinien fordern angemessene Mithinleistungen. Sie geben Anregungen für das Säuberungsverfahren und verlangen, dass entnazifizierte Personen keinen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung und Schadensersatz haben, dass kein Nazigegner wegen Wiedereinstellung eines Entnazifizierten aus seiner Stellung entfernt oder geschädigt werden darf.

In mehrmonatiger Beratung hat der Verfassungspolitische Ausschuss des Parteivorstandes ein Memorandum über den Aufbau der Deutschen Republik ausgearbeitet, das in der Sitzung des Parteivorstandes gutgeheissen wurde. Der erste Satz der Richtlinien fordert, dass die Verfassung der Deutschen Republik die Möglichkeit einer künftigen Zugehörigkeit zu einem europäischen Staatenbund berücksichtigt. Eine klare Absage an jede Politik eines nationalen Egoismus wird erteilt. Die Regeln des Völkerrechtes sind bindende Bestandteile des Reiches. Die SPD bekennt sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands und verlangt für die Länderverfassungen einen Vorbehalt, dass Reichsrecht Länderrecht bricht. Die Deutsche Republik soll ein Bundesstaat sein, in dem sowohl die Einheitlichkeit der Regierungsgewalt als auch die Eigenständigkeit der Länder in Sinne einer gesunden Dezentralisation gewährleistet ist.

Der nächste Parteitag der SPD soll in der letzten Juni-Woche in Nürnberg stattfinden.

Mit Schärfe lehnte der Parteivorstand jede Beteiligung an den Bestrebungen der KPD ab, unter welchem Namen auch immer in den Besatzonen neue Organisationsformen entstehen zu lassen. - Berichte über aussenpolitische, internationale und organisatorische Fragen schlossen die zweitägige arbeitsreiche Sitzung ab.